

04/2008 - 53. Ausgabe im 7. Kalenderjahr

### Inhalt

Seite 1 - Energiepreise  
Seite 1 - Politikverdrossenheit  
Seite 1+2 - Kommunalwahlen  
Seite 2 - Geständnis  
Seite 3 - Azubi-Notstand  
Seite 3 - Demokratieabbau  
Seite 4 - Sommerfest  
Seite 4 - öffentliche Ausschüsse  
Seite 4 - Informationsgutschein

## Aufgespießt

### Brandenburgs Abgeordnete sind politikverdrossen

Die Universität Jena hat die deutschen Landesparlamentarier „studiert“, und wen wundert's: In Brandenburg sieht es nicht gut aus.

55 % der Brandenburger Landtagsabgeordneten beklagen einen Bedeutungsverlust des Parlaments.

Doch diesen Bedeutungsverlust haben vor allem die Abgeordneten von SPD und CDU, aber auch der LINKEN selbst herbeigeführt.

Sie selbst waren es, welche die Volksvertretung zu einem Abnickorgan für Regierungsvorlagen degradiert haben.

Sie selbst haben freiwillig auf die Möglichkeit verzichtet, sich objektiv und im Interesse unseres Landes mit parlamentarischen Initiativen auseinanderzusetzen, und folgen stattdessen brav den Weisungen der Fraktionsführungen.

Doch ist das kein Wunder, haben doch viele von ihnen Angst, für selbständiges Denken bestraft zu werden. Jeder dritte Brandenburger Abgeordnete fürchtet, in einem solchen Fall bei der nächsten Landtagswahl nicht wieder aufgestellt zu werden - Fraktionszwang.

(Die sechs DVU-Volksvertreter nahmen an der Studie nicht teil.)

### Landtag online

<http://www.rbb-online.de/imparlament>

Unter obiger Adresse kann man Videoschnitte sämtlicher Redebeiträge der Plenarsitzungen des Landtages Brandenburg ab Januar 2008 abrufen. Die neuen Beiträge werden jeweils ein bis zwei Tage nach der Plenarsitzung eingestellt.

# Wird die „warme Stube“ unbezahlbar?

## Preise für Elektroenergie steigen unaufhaltsam, Kraftstoffe werden immer teurer, Heizöl und Gas sind kaum noch bezahlbar

Die DVU-Fraktion im Landtag Brandenburg setzt sich seit Jahr und Tag für bezahlbare Energiepreise ein – im direkten Interesse der Bürgerinnen und Bürger, aber auch der Unternehmen und Arbeitgeber unseres Landes.



Norbert Schulze Mdl  
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Es ist für die Bürger unzumutbar, dass sich die Preisspirale überwiegend aus Gewinnstreben der Konzerne und Spekulanten weiter steil nach oben bewegt und von der Politik nichts wirklich Spürbares unternommen wird. Da wird diskutiert, da wird verhandelt und unter dem Strich: Außer

Spesen nichts gewesen.

Seit Jahren wird diskutiert, ob die Kopplung der Gaspreise an die Rohölpreise überhaupt noch gerechtfertigt ist.

Wir Abgeordneten der DEUTSCHEN VOLKSUNION sind uns einig: Diese Kopplung ist völlig überholt und muss endlich aufgehoben werden.

Unseren Standpunkt zur Entwicklung der Strom-, Öl-, Gas- und Benzinpreise habe ich als energiepolitischer Sprecher meiner DVU-Fraktion bereits im November 2005 im Potsdamer Landtag dargelegt. Ich hatte unter anderem erklärt, dass wir in Situationen wie der heutigen ein direktes Einmischen der Politik in die Wirtschaft nicht nur für legitim, sondern sogar für zwingend erforderlich halten.

Ich fürchte, meine ganze damalige Rede und besonders das folgende Zitat daraus ist heute aktueller denn je:

*„Wer seine Monopolstellung dazu missbraucht, um im eigenen Profitinteresse die Abhängigkeit der Menschen durch spekulatives Drehen an der Preisspirale auszunutzen, der muss sich auch gefallen lassen, unter Umständen in die Ecke der Kriminalität gestellt zu werden.“*

Ich bin mit diesem Zustand nicht zufrieden und werde mich damit auch weiterhin nicht abfinden.

Norbert Schulze

## Kommunalwahl: Chance für Landespolitik

Die ständige Rückverbindung der Landespolitiker zu den Bürgern und auch zu den Kommunalpolitikern ist unerlässlich für eine sinnvolle Politik auf Landesebene. (Artikel von Liane Hesselbarth auf Seite 2)

**Informationsschrift der Landtagsfraktion der DEUTSCHEN VOLKSUNION**

Am Havelblick 8 - 14473 Potsdam - Tel.: 0331 966 16 01 - Fax.: 0331 966 16 02

[www.dvu-fraktion-brandenburg.de](http://www.dvu-fraktion-brandenburg.de) - [Info@dvu-fraktion-brandenburg.de](mailto:Info@dvu-fraktion-brandenburg.de) - [www.dvu.brandenburg.de](http://www.dvu.brandenburg.de)

Unsere DVU-Fraktion merkte das nach der Kommunalwahl 2003 sehr deutlich, als wir erstmals Rückmeldungen und Informationen von den DVU-Abgeordneten und –Fraktionen in sechs brandenburgischen Kreistagen und zwei Stadtverordnetenversammlungen, aus einer Gemeindevertretung und einem Ortsbeirat bekamen. Verstärkt wurde und wird dies natürlich dadurch, dass kommunale DVU-Abgeordnete auch Abgeordnete und Mitarbeiter unserer DVU-Landtagsfraktion waren und sind.

Umgekehrt profitieren natürlich auch die 12 kommunalen Abgeordneten der DEUTSCHEN VOLKSUNION in den Landkreisen Elbe-Elster, Märkisch-Oderland, Oberspreewald-Lausitz, Oder-Spree, Potsdam-Mittelmark, Teltow-Fläming und der kreisfreien Landeshauptstadt Potsdam von den Informationen und Rückmeldungen aus der DVU-Landtagsfraktion.

Als Fraktionsvorsitzende der DEUTSCHEN VOLKSUNION im Landtag Brandenburg freue ich mich jetzt schon darauf, nach der Kommunalwahl im September 2008 mit noch mehr Kreistagsabgeordneten, Stadtverordneten, Gemeinde-



Liane Hesselbarth MdB  
Fraktionsvorsitzende

vertretern und Ortsbeiratsmitgliedern der DEUTSCHEN VOLKSUNION zusammenarbeiten zu können.

Als stellvertretende Landesvorsitzende freue ich mich aber auch über den Realis-

mus meiner Parteifreunde in den 14 brandenburgischen DVU-Kreisverbänden. Die DVU tritt dort an, wo genügend geeignete Kameradinnen und Kameraden kandidieren können und wollen und wo eine realistische Chance auf einen Wahlerfolg besteht. Und die DVU tritt überall dort nicht an, wo diese Voraussetzungen nicht in vollem Umfang gegeben sind. Deswegen war — leider — von vornherein klar, dass wir auch bei diesen Kommunalwahlen noch nicht in allen Landkreisen antreten werden.

Nur so können wir hoffen, überall dort in die Kommunalparlamente einzuziehen, wo wir auch antreten, genauso wie es uns 2003 gelungen ist.

Und nur so haben wir eine realistische Chance, die Serie nationaler Wahlerfolge in Brandenburg, die 1999 begann, 2003 und 2004 fortgesetzt wurde, auch 2008 fortzusetzen und dieses erste erfolgreiche Jahrzehnt 2009 mit dem Einzug einer erneut vergrößerten DVU-Fraktion in den Landtag Brandenburg zu krönen.

Brandenburg braucht die DVU in den Parlamenten.

## Endlich gibt's mal einer zu ...

SPD-Politiker gesteht, dass er DVU-Anträge auch dann ablehnt, wenn er ihnen inhaltlich zustimme. Landtagspräsident Fritsch (SPD): Die Regeln der Zivilgesellschaft gelten in meinem Landtag nicht.

**Bei einem Besuch in der Justizvollzugsanstalt Brandenburg/Havel fielen entlarvende Äußerungen des Landtagspräsidenten Gunter Fritsch (SPD), die man am 24. Juni in der Märkischen Allgemeinen Zeitung lesen konnte.**

So teilte der — protokollarisch — wichtigste Brandenburger mit, auf der zivilgesellschaftlichen Ebene sei der kritische Dialog zwar angemessen, doch im Parlament würden andere Regeln gelten.

Das heißt dann wohl, dass man in der Zivilgesellschaft über Inhalte diskutieren darf, während man im Brandenburger Parlament aus Gründen der „strikten Abgrenzung“ alle Anträge der DVU ablehnen muss.

Abgelehnt werden von den anderen Parteien daher laut Fritsch auch Vorschläge, welche dieselben Parteien in anderen Bundesländern unterstützen. Soll heißen: Egal, wie gut der Antrag ist — wenn er von der DVU stammt, wird er abgelehnt.

Oder anders ausgedrückt: Was stört es den Gunter Fritsch, dass er die Interessen Brandenburgs und seiner Bürger vertreten soll, wenn ihm doch die Interessen der SPD viel näher liegen.

Geradezu grotesk ist die Begründung des ehemaligen Landrates Fritsch.

Die DVU ist — für ihn und seine Genossen — eine rechtsextreme Partei, ergo sind alle DVU-Anträge rechtsextreme Anträge, ergo dienen alle DVU-Anträge, die - nach seiner Definition - nicht rechtsextrem sind,

nur der Verschleierung und dazu, „demokratische Parteien vorzuführen“. Oder, nach einer bekannteren Regel:

- \* § 1 Die SPD hat immer Recht.
- \* § 2 Sollte die SPD einmal nicht Recht haben, tritt automatisch § 1 in Kraft.

Lieber Herr Fritsch,

ist es nicht vielmehr so, dass sich die angeblich demokratischen Parteien weigern, ihre Aufgaben zu erfüllen, indem sie DVU-Anträge auch dann ablehnen, wenn die Ablehner dadurch dem Land Brandenburg und seinen Bürgern Schaden zufügen?

Nicht die DVU führt die demokratischen Parteien vor, sondern SPD, LINKE und CDU handeln gegen unser Land und gegen die Demokratie.

### Impressum

„National-Freiheitliche **Fraktions-Nachrichten** aus dem Landtag Brandenburg“ (begründet als „Fraktions-Nachrichten aus dem Landtag Brandenburg“) wird seit 2001 als Informationsschrift für die Bürger Branden-

burgs von der Fraktion der DEUTSCHEN VOLKSUNION (DVU) im Landtag Brandenburg herausgegeben.

Verantwortlich im Sinne des Presserechts ist Liane Hesselbarth MdB bzw. der namentlich zeich-

nende Autor für seinen jeweiligen Beitrag.  
Erscheinungsweise: nach Bedarf  
Anschrift: Am Havelblick 8, 14473 Potsdam,  
Tel.: 0331 966 16 01, Fax.: 0331 966 16 02,  
[Info@dvu-fraktion-brandenburg.de](mailto:Info@dvu-fraktion-brandenburg.de)

# Azubi-Notstand

Jürgen Rüttgers, einstiger Bundesminister für Bildung, löste im Jahr 2000 öffentliche Empörung aus, als er verlauten ließ: Statt Inder an die Computer müssen unsere Kinder an die Computer.

Man sprach damals davon, dass in der Bundesrepublik ein „Bildungsnotstand“ um sich greife und zu wenige deutsche Schüler eine ausreichende schulische Qualifizierung erreichen, die es ihnen ermöglichen würde, ein Studium im Software-Bereich aufzunehmen. Man hatte Angst davor, dass gut ausgebildete indische Informatiker die Lücken auf unserem Arbeitsmarkt füllen würden, die sämtliche Regierungsparteien der letzten Jahrzehnte zu verschulden hatten.

Getan wurde aber nichts, und so folgte dann recht bald der nächste Schock für das so genannte Humankapital der BRD, also für die Bürger unseres Landes.

Das Ergebnis der Pisa-Studie 2003 rief es den Menschen wieder ins Gedächtnis: Deutschland ist nur noch Mittelmaß — vielleicht sogar weniger.



Birgit Fechner MdL

Auch die mehr als schlechte Familienpolitik der letzten Jahrzehnte rächt sich heute erbarmungslos. Aus Angst vor dem sozialen Abstieg hatten viele deutsche Familien ihren Kinderwunsch zurückgestellt.

Und heute fehlen junge Menschen, die, gerade in den neuen Bundesländern, freie Lehrstellen ausfüllen könnten: Vor dem Start in das Ausbildungsjahr 2008/2009

fehlen dem deutschen Handwerk nun tausende Lehrlinge. Allein die IHK Potsdam verzeichnet ca. 700 freie Lehrstellen.

Lehrstellen können oftmals nicht besetzt werden, weil es an qualifizierten Bewerbern fehlt. Bereits seit Jahren klagen Handwerksmeister, dass viele Bewerber um einen Ausbildungsplatz weder richtig lesen, schreiben noch rechnen können.

Deshalb schlug Otto Kentzler, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks vor, Lehrlinge aus Polen anzuwerben.

## Wir von der DVU sagen dazu Nein.

Wir müssen das Bildungsniveau unserer Schulen erhöhen, statt auf Lehrlinge aus dem Ausland zu hoffen.

Wir leben in einer Leistungsgesellschaft, und es hilft unseren Kindern nicht, wenn man sie in der Schule nur auf Friede — Freude — Eierkuchen vorbereitet. Schüler müssen entsprechend ihrer Fähigkeiten nicht nur gefördert, sondern auch gefordert werden.

Die alten "preußischen" und andere Tugenden wie Fleiß, Disziplin, Respekt und Pünktlichkeit müssen wieder Bedeutung an unseren Schulen erlangen.

Statt — aus Kostengründen — Schulen zu schließen und Lehrer zu entlassen, sollten besser die Mindestgrößen für Schulklassen verringert werden.

Statt immer gleich nach ausländischen Fachkräften, Ingenieuren und neuerdings sogar Lehrlingen zu schreien, sollten wir alles daran setzen, unsere Bürger in Lohn und Brot zu bringen. Eine ordentliche Schulausbildung ist dazu die Voraussetzung.

Seit 1990 bestimmen SPD-Politiker die Bildungspolitik in Brandenburg.

Das katastrophale Ergebnis der sozialdemokratischen Bildungspolitik ist für alle sichtbar: Deutsche Jugendliche werden durch ein miserables Bildungssystem zu Hartz IV-Empfängern „ausgebildet“ und ausländische Lehrlinge sollen sie in unseren Betrieben ersetzen.

**Die DVU sagt: Nicht mit uns!**

## Brandenburgs neue Kommunalverfassung - demokratisch ist etwas anderes



Michael Claus MdL

Meiner DEUTSCHEN VOLKSUNION wird gerne vorgeworfen, wir würden die Demokratie gefährden.

Doch sind es nicht vielmehr ganz andere, welche die Demokratie in unserem Land gefährden?

Die neue Kommunalverfassung, welche nach den Kommunalwahlen am 28. September voll zum Tragen kommt, ist dafür ein gutes Beispiel.

In den Brandenburger Kommunalparlamenten sitzt bisher ein breites Spektrum von Gruppen, nicht nur von Parteien. Die Fraktionen der Bürgerbündnisse, Feuerwehren, Vereine und anderer Interessenvertretungen der Bürger haben großen Einfluss in Brandenburgs Kommunen.

Doch nach der neuen Regelung benötigen Fraktionen mehr Abgeordnete als vorher. In vielen Kreistagen wird es wohl nur noch Fraktionen der großen Parteien geben, während die Interessenvertreter der Bürger nur noch fraktionslose Abgeordnete mit drastisch verringerten Mitwirkungsrechten sein werden.

Ist es der Demokratie förderlich, wenn nur noch Parteien mitspielen dürfen?

# Sommerfest der DVU-Landtagsfraktion



Foto vom Sommerfest 2008

Das 9. Sommerfest der Fraktion der DVU im Landtag Brandenburg am 21. Juni war ein voller Erfolg. Weit über 500 Brandenburger verbrachten bei sommerlichem Wetter einen wunderschönen Tag in der Schorfheide.

Eröffnet wurde das mittlerweile schon traditionelle Sommerfest durch eine kämpferische Rede unserer Fraktionsvorsitzenden Liane Hesselbarth.

Die Gäste informierten sich eingehend über die Arbeit der Fraktion, und die Abgeordneten erfuhren von ihnen einmal mehr, wo den Bürger der Schuh drückt. Leckerbissen vom Grill und Beiträge nationaler Liedermacher rundeten das Sommerfest ab.

Ein Höhepunkt des Abends war das Sonnwendfeuer, zu dem Sigmar-Peter Schuldt,

Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion und DVU-Landesvorsitzender, eine berührende Rede hielt.

Beeindruckend war, dass die Gäste alles andere als dem von etablierten Politikern oftmals beschworenen Klischee entsprachen; hier war wirklich eine absolut „bunte Mischung“ im Alter zwischen 4 und 80 Jahren anwesend. Denn die DVU-Fraktion ist mit ihrer Politik in Branden-

burg längst dort angekommen, wo die Etablierten sie ganz besonders fürchten: In der Mitte der Gesellschaft.

Gestärkt wird unsere DVU-Fraktion nun ihre Arbeit fortführen, Versagen der etablierten Parteien aufdecken und weiter unter Beweis stellen, dass es mit ihr zumindest einige Volksvertreter gibt, die die Sorgen und Nöten der Bürger ernst nehmen und sie nicht mit falschen Versprechungen abspeisen.

## DVU beantragt öffentliche Ausschusssitzungen

Am 26. August reichte die DVU-Fraktion einen Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg ein: Künftig sollen die Sitzungen der Landtagsausschüsse grundsätzlich öffentlich stattfinden.

Der Parlamentarische Fraktionsgeschäftsführer Sigmar-Peter Schuldt erläuterte den Antrag:

„Es ist eine alte Forderung der DVU, dass die Vorgänge in den Parlamenten für die Bürger transparent, also durchschaubar zu gestalten sind. Für die Sitzungen der Fachausschüsse gilt dies ganz besonders, denn hier wird das vorbereitet, worüber im Plenum des Landtages nur noch abgestimmt wird.“



Sigmar-Peter Schuldt MdB  
Parlamentarischer Geschäftsführer

## Informationsgutschein

- Ich möchte zu Veranstaltungen der DVU-Fraktion eingeladen werden.
- Bitte senden Sie mir kostenloses Informationsmaterial.
- Ich möchte die Fraktions-Nachrichten regelmäßig kostenlos erhalten.

(Zutreffendes bitte ankreuzen!)

Vorname \_\_\_\_\_ Name \_\_\_\_\_ Landkreis / kreisfreie Stadt \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_ PLZ \_\_\_\_\_ Ort \_\_\_\_\_ Tel.: \_\_\_\_\_

(fn53) Bitte abtrennen und ausgefüllt einsenden an: DVU-Fraktion, Am Havelblick 8, 14473 Potsdam